

Erst die Wahl – und dann auch handeln

Gesundheitswesen kann sich
„Remigration“ nicht leisten



Dr. Hans-Albert Gehle

Nur noch gut zwei Wochen sind es bei Erscheinen dieser Ausgabe des Westfälischen Ärzteblattes bis zur Bundestagswahl. Turbowahlkampf im Winter, das zwang die Parteien, sich in aller Eile zu fokussieren. Das Thema „Gesundheit“ hat es dabei jeweils nur auf die hinteren Plätze geschafft. Das ist fatal, denn die Entscheidungen, die im Gesundheitswesen in nächster Zeit nötig sind, sind Weichenstellungen, die über viele Jahre ihre Wirkung entfalten. In Legislaturperioden zu denken, wie es bei vielen in der Politik üblich ist, ist hier zu kurz gedacht.

Größte Sorgen bereitet aktuell ein Begriff, der aus einem ganz anderen Themenfeld stammt. Wäre das Wort nicht schon 2023 „Unwort des Jahres“ gewesen, wäre es jetzt höchste Zeit für eine Nominierung. Sein ursprünglicher wissenschaftlicher Kontext ist fast schon vergessen, denn „Remigration“ ist längst ideologisch kontaminiert. Eine solche „Remigration“ zu verwirklichen, würde das Gesundheitswesen vor bisher nicht erlebte Probleme stellen.

Politische Kräfte, die im großen Stil Ärztinnen und Ärzte und Gesundheitsfachkräfte mit ausländischen Wurzeln in ihre Herkunftsländer zurückschicken wollen, schaden Deutschland doppelt. Kolleginnen und Kollegen, die ihr Studium im Ausland absolviert haben, aber in Deutschland arbeiten, sind ein wertvoller Teil unserer Gesundheitsversorgung geworden. Sie sind integriert, fühlen sich als Teil unseres Gesundheitssystems. Ohne ihre Arbeit gingen vielerorts buchstäblich die Lichter aus. Wer sie wegschicken will, reißt mutwillig Lücken, die nicht zu füllen sind. Er verzichtet zudem auf das Investment, das in Deutschland zumeist in die Facharztweiterbildung der Kolleginnen und Kollegen geflossen ist. Beides kann sich das deutsche Gesundheitswesen, kann sich unsere ganze Gesellschaft aber nicht leisten.

Ein Blick in die Wahlprogramme der Parteien zeigt, dass im Winter 2024/25 Ideen-Eiszeit herrscht. Alte Bekannte wie die Bürgerversicherung der SPD haben ihren Stammplatz im Programm behauptet – und wer sollte ernsthaft gegen eine bessere Versorgung in allen Bereichen und Regionen und weniger Bürokratie im Gesundheitswesen sein?

Im Wahlkampf darf die Wunschliste von allen Parteien fast beliebig verlängert werden. Was fehlt, ist einmal mehr die Aussicht auf aktives Handeln: Das Land wartet seit Ewigkeiten auf zusätzliche Medizin-Studienplätze, die den ärztlichen Berufsnachwuchs stärken können. Es wartet auf eine klare Linie bei immer neu erfundenen, nicht-ärztlichen Gesundheitsberufen. Noch dringender muss endlich geklärt werden, wie künftig Patienten durch die Einrichtungen der Notfallversorgung gesteuert werden können, um die Ressourcen nicht vollends zu erschöpfen. Und auch die Krankenhausreform des Bundes ist noch längst nicht alltagstauglich. Letztes Jahr gerade noch über die Ziellinie gehoben, ist das Reformwerk reichlich flügellos, weil die Verordnungen, die zur Umsetzung unerlässlich sind, auf sich warten lassen. Noch viele Projekte müssen endlich praxistauglich gemacht werden, zuviel Zeit ist schon verloren. Doch mit einer Neuwahl des Bundestags wird auch hier traditionell der „Reset“-Knopf gedrückt.

Erfreulich ist vor diesem Hintergrund, dass sich die Noch-Partner der Ampelregierung in letzter Minute auf eine Entbudgetierung der hausärztlichen Leistungen einigen konnten. Eine vollständige Vergütung ärztlicher Leistungen ist jedoch nicht nur in der hausärztlichen Versorgung dringend nötig, sondern auch für die fachärztlichen Kolleginnen und Kollegen, die eine hochwertige ambulante Patientenversorgung sichern.

Bei der Bundestagswahl 2021 lag die Wahlbeteiligung bundesweit bei 76,6 Prozent, in Westfalen-Lippe teils deutlich höher. Was auch immer Wählerinnen und Wähler in diesem Jahr motiviert, ihre Stimme abzugeben: Politiker aller Parteien müssen auf ihrer Rechnung haben, welche große Bedeutung das Thema „Gesundheit“ – bewusst oder unbewusst – für die Menschen im Land hat. Denn bei diesem Thema ist jede und jeder involviert, unser Gesundheitswesen bietet allen Menschen eine Versorgung auf höchstem Niveau. Ärztinnen und Ärzte stehen für dieses Versprechungsversprechen ein; es muss gehalten werden. Das ist ein Grundbaustein für den sozialen Frieden im Land und Teil des Fundaments unserer Demokratie. Diese Basis darf nicht gefährdet werden!